



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

A. R.

B O N N, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

P/VII/4 - 5.1.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

|  |      |
|--|------|
| Washingtoner Begleitmusik zum Churchill Besuch         | S. 1 |
| Hüttenkombinate in der Slowakei                        | S. 3 |
| Der Fluch der bösen Tat <i>Wachmannsleit. (H. Kr.)</i> | S. 5 |

## Diesmal gibt es keine "Pyjama-Diplomatie"

P.R. Meldungen und Kommentare über den Aufenthalt Winston Churchills in den USA werden in der nächsten Zeit fester und wesentlicher Bestandteil der weltpolitischen Berichterstattung sein. Der Auftakt war auffallend genug: Anstelle begeisterter Begrüßungsartikel für den großen Verbündeten der Kriegsjahre begegnete man vorwiegend größter Zurückhaltung, ja oft schlecht verhüllten Mißtrauen in den USA-Zeitungen.

In der amerikanischen Presse, so hieß es dieser Tage in dem Washingtoner Bericht einer großen Schweizer Zeitung, sei "geradezu so etwas wie ein Sperrfeuer gegen die wirklichen oder vermeintlichen Pläne des britischen Premierministers festzustellen" und bezeichnend war das sarkastische Telegramm eines Senators an den Pfarrer der "Old North Church" in Boston, er möge das Land vor der Ankunft des Briten warnen, wie diese Kirche in den Revolutionstagen vor den herannahenden Briten gewarnt habe ... Ob freilich Präsident Truman wirklich geäußert hat, er werde sich auch durch seinen hohen Besucher nicht davon abbringen lassen, sich um 21 Uhr zurückzuziehen, muß füglich bezweifelt werden, trotz der bekannten Hemdsärmeligkeit der amerikanischen Diplomatie.

Alles das aber sind untrügliche Zeichen für die ängstliche Besorgnis, mit der man Churchill erwartet. Robert E. Sherwood schreibt in seinem dramatischen Bericht "Roosevelt und Hopkins": Es gehöre zu einer geheiligten Tradition, daß, wenn ein amerikanischer und ein britischer Staatsmann einander begegnen, der erstere angeblich schlicht, offenherzig und geradeaus ist, und seine Irrtümer zugibt, während der letztere sich gerieben zeigt, raffiniert, aalglatt und am Ende triumphiere. - Gerade im Umgang zwischen Roosevelt und Churchill traf das freilich kaum zu, aber jetzt ist alles anders. Als einziger ist aus der ständigen Begleitmannschaft des verstorbenen Präsidenten

Averell Harriman übriggeblieben. Acheson aber ist im Vergleich zu Churchill fast ein junger Mann und Trumans eigentliche Domäne war stets die Innenpolitik, seine außenpolitischen Entscheidungen richteten sich weitgehend nach den Vorschlägen seiner Ratgeber.

Der Name Churchill hat auch in den USA magischen Klang behalten. Aber es schwingt eben auch ein Unterton des Unbehagens mit: Wird uns der große alte Mann mit seiner überlegenen Erfahrung nicht überfahren? Deshalb unterstreicht man, gewissermaßen als Ausgleich zu dieser Befürchtung, mit unterschiedlichem Takt die seit den Tagen der Roosevelt-Churchillschen Begegnungen zugunsten der USA eingetretene Machtverlagerung. Churchill andererseits wird keineswegs als Bittsteller auftreten, er braucht es auch nicht, wenn man bedenkt, wie entscheidenden Wert die USA bei ihrem Aufbau eines umfassenden Verteidigungssystems gerade auch auf die britische Unterstützung legen müssen.

Hier sollen nicht die politischen Probleme im einzelnen, es soll nur kurz die veränderte Atmosphäre, in der sich der Besuch vollziehen wird, aufgezeigt werden. Sie ist gegenüber der Kriegszeit, den Tagen der Roosevelt-Churchill "Pyjama-Diplomatie" im Weißen Haus grundverschieden. In dem schon erwähnten Buch über die Roosevelt-Ära findet sich auch die Stelle: "Am Abend des Tages, ich glaube es war der Neujahrstag 1942, als Churchill aus Ottawa nach Washington zurückkehrte, ging ich zufällig mit Hopkins in das Schlafzimmer des Premierministers im Weißen Haus. Da lagen Mengen von New Yorker und Washingtoner Zeitungen mit Berichten über Churchills Rede in Kanada und dieser war offenbar und durchaus begreiflicherweise erfreut über die günstige Aufnahme. Er sagte, die Loyalität und der Patriotismus der amerikanischen Presse hätten ihm großen Eindruck gemacht, zu Hause sei er einen so rückhaltlosen Enthusiasmus nicht gewohnt. Hopkins ließ sein kurzes scharf-spöttisches Lachen hören und sagte: "Warten Sie nur ab, wir sind noch nicht lange im Kriege und die Presse hat noch keine Zeit gefunden, wieder normal zu werden. In ein paar Wochen werden Sie merken, wie sie wieder über alles herfällt". Indessen habe Churchill während des ganzen Krieges in den USA immer eine gute Presse gehabt, fügt der Autor hinzu.

Die Größe der inzwischen eingetretenen Wandlung wird durch nichts deutlicher, als durch die sehr kühle Tonart der Begrüßungsartikel der gleichen Presse für den gleichen Churchill, fast auf den Tag zehn Jahre später.

+ + +

Rüstungszentren in der Tschechoslowakei

H. - Wien, Anfang Januar

Im Rahmen des sogenannten Fünfjahresplanes wird in der östlichen Slowakei nach sowjetischen Plänen in Tag- und Nachtschichten am Bau eines der größten Hüttenkombinate der Oststaaten außerhalb der Sowjetunion gearbeitet. Im gesamten Lande sind die Zwangsverpflichtungen und Anwerbungen für HUKO, wie das Projekt allgemein in Abkürzung von "Hutny Kombinat" genannt wird, im Gange. Ein Großteil der den letzten Behörden-Durchkämmungen zum Opfer gefallenen Bürokräfte fand sich in kurzer Zeit in dem an eine Goldgräbersiedlung erinnernden, bisher kaum erschlossenen Gelände wieder.

Nach Fertigstellung des Hüttenkombinates soll in einigen Kilometern Entfernung eine Arbeiterstadt für 13000 Menschen entstehen, die gleichfalls nach sowjetischem Muster ausgestattet werden soll. Von einem nahen Hügel wird Stalin in Form einer riesenhaften Büste sein wachsames Auge auf die Arbeitsklaven werfen und am Eingang zur neuen Rüstungsstadt wird Klement Gottwald die "Allee der Arbeitsbrigaden" zieren, wie überhaupt nach dem Muster der sowjetischen Kulturparks mit Standbildern von Stachanow-Helden, Novatoren und Überplansoll-Rekordlern nicht gespart werden wird.

Trotz der in der tschechischen Presse erörterten Pläne des zukünftigen HUKO-Arbeitsparadieses scheinen die Leistungen der dort eingesetzten Menschen die Planer keineswegs zufrieden zu stellen. Man hat daher das Prämiensystem auch auf die Beschaffung von Unterkünften ausgedehnt und erklärt, daß die Arbeiter mit den höchsten Übersoll-Leistungen innerhalb eines Jahres in den ersten Wohnblocks untergebracht würden. Unter welchen Bedingungen man dem Arbeiter das Dach über den Köpfen seiner Familie zubilligt, sieht man bereits im tschechoslowakischen industriellen Zentrum von Mährisch-Ostau, wo am 1. Januar 1952 das Hochofenwerk "Klement Gottwald" in Betrieb genommen wurde. Die Arbeitskräfte mit ihren Familien dürfen in Holzhäusern wohnen, - wenn sie sich vertraglich

verpflichten, mindestens fünfzehn Jahre lang in den Ostrauer Gruben zu arbeiten. Gleichzeitig soll ein Drittel des Kaufpreises erlassen werden. Aber auch wenn die Arbeiter dieser Verlockung erliegen sollten, läßt sie das kommunistische Regime noch nicht aus seinen Fesseln. Nach Ablauf der ersten fünfzehn Jahre verspricht der Staat, ein weiteres Drittel des Preises nachzulassen und - dieses Angebot hat man zwar noch nicht gemacht - wenn ein Arbeiter nach 45 Jahren Grubendasein noch am Leben wäre, würde man ihm die Holzbaracke sicherlich übereignen...

Nach den aufgestellten Planungen sollen allein in diesem Gebiet in den nächsten fünfzehn Jahren 200000 Arbeitsklaven auf diese Weise der Ausbeutung im Dienste der Sowjets zugeführt werden.

+ + +

G e l d s t i n k t n i c h t

H. Die öffentlichen Häuser in der spanischen Provinz Biskaya haben von Franco ein wenig angenehmes "Weihnachtsgeschenk" erhalten. Kurz vor Weihnachten wurden sie von der Polizei benachrichtigt, daß sie künftighin eine vierzehntägige Sondersteuer von 500 Pesetas pro Haus zu zahlen hätten. Um ihnen diese Zahlung "zu erleichtern", wird der Betrag direkt durch die Polizei abgeholt - wobei in einigen Hafenstädten der für den ersten Januar vorgesehene Betrag schon am ersten Weihnachtsfeiertag von einem Polizisten kassiert wurde.

In dieser Provinz gibt es zwischen 70 und 80 offiziell zugelassene Bordelle, so in Bilbao allein über dreißig, so daß der Polizei mit der neuen Abgabe eine monatliche Extraeinnahme von 225000 Pesetas zufließt.

Während man in Madrid und Barcelona anscheinend diese neue Finanzquelle Francos noch nicht entdeckt hat, vielleicht mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr, wird aus Biskaya auch der erste devote Protest gegen sie gemeldet. Die Besitzer der kleineren Häuser empfinden sie als "unsozial" und bitten die Behörden, sie je nach der Zahl der "beschäftigten" Mädchen abzustufen ...

Diese für Franco so einträgliche Steuerquelle ist im "volksnahen" Verbrauchsteuer-Katalog des sonst so erfindungsreichen Bundesfinanzministers Schäffer noch nicht zu finden ...

+ + +

### Der Fluch der bösen Tat

H.K. Es begann damit, daß die Demagogen den Geschädigten einredeten, zuerst käme die Schadensfeststellung, ehe man mit dem Lastenausgleich beginnen könne. Das war nichts anderes als der Versuch, die Tatsache zu vertuschen, daß man von der Regierung und ihren Parteien den Lastenausgleich immer noch verschleppte. Dann kam ein Gesetzentwurf in den Bundestag, an dem eineinhalb Jahre beraten wurde, wodurch kostbare Zeit für die Beratung des Lastenausgleichs verloren ging. So lange brauchte man, um aus einem Monstrum von Feststellungsgesetz mit unübersehbaren Kosten einen mikrigen Rest zusammenzuschustern, mit dem man zwar nicht mehr alle Schäden feststellen, aber möglichst viel Funktionäre der Geschädigtenverbände in "Heimatauskunftsstellen" unterbringen wollte.

Aus dem Lastenausgleichsgesetz wurden alle möglichen Paragraphen herausgestrichen und in das neue Gesetz eingebaut, wichtige Bestimmungen wurden so aus ihrem Zusammenhang gerissen, und im Zweifelsfall stehen sie mindestens in beiden Gesetzen. Das bedeutet nicht nur bei der Beratung Zeitverlust, es bedeutet vor allem bei der Durchführung doppelte Arbeit und natürlich doppelte Kosten. Die Kosten für das gesonderte Feststellungsverfahren sollten natürlich geheim gehalten werden. Nachdem der Finanzminister, der bekanntlich derselben Partei angehört wie Herr Dr. Kather, kategorisch erklärt hat, daß es für ein besonderes Feststellungsverfahren von ihm kein Geld gäbe, kamen die Leute, die wegen ihrer vielen Versprechen vor den Geschädigten ihr Lieblingsspielzeug nicht mehr aus der Hand lassen konnten, auf die schlaue Idee, die Kosten dafür sozusagen hinten herum den Ländern aufzuhalsen - als ob es nicht immer derselbe Steuerzahler wäre, im Bund oder in den Ländern.

Feierlich wurde im Bundestag eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Bundesregierung die Möglichkeit haben sollte, den Ländern weitere Aufgaben zuzuschreiben - zwecks einheitlicher Durchführung des Lastenausgleichs, sagte man. Nun hat der Bundesrat gesprochen. Verfassungsänderung zwecks Durchführung des Lastenausgleichs - darüber kann man erst reden, wenn man den Lastenausgleich und den Aufbau der zu seiner Durchführung erforderlichen Verwaltungseinrichtungen kennt, und wenn man sich über die Kosten verständigigt hat, so etwa war seine Meinung. Verfassungsänderung aber in Form eines Blankoschecks, damit man inzwischen mit ca. sechs Millionen Formularen zwecks Schadensfeststellung einen kostspieligen Papierkrieg eröffnen kann?

Diese Verfassungsänderung hat der Bundesrat abgelehnt. Damit dürfte das Feststellungsgesetz erledigt sein, es sei denn, daß es der Herr Bundesfinanzminister jetzt in eigener Regie, d.h. auf seine Kosten, durchzuführen bereit ist. Für den Lastenausgleich bedeutet das eine weitere geradezu böswillige Verzögerung. Wahrscheinlich merkt jetzt auch und trotz einer noch so aufgeregten und unehrlichen Propaganda der letzte Geschädigte, welch überflüssiges, unanständiges Spiel diejenigen mit ihm getrieben haben, die ihnen einreden wollten, es müsse zunächst einmal ein Schadensfeststellungsgesetz beschlossen werden, anstatt daß alle Kräfte darauf konzentriert wurden, so schnell wie möglich den endgültigen Lastenausgleich fertig zu stellen.

Verantwortlich: Peter Rannau